

## NACHRICHTEN

Schweizer Pavillon:  
38 000 Besucher

**EXPO** sda. Der Schweizer Pavillon an der Weltausstellung 2015 in Mailand ist in der ersten Woche seit der Eröffnung von 38 000 Personen besucht worden. Die Bilanz des Schweizer Pavillons nach der ersten Woche falle positiv aus, heisst es in einem Communiqué von Präsenz Schweiz.

Migranten haben  
mehr Vertrauen

**INTEGRATION** sda. Personen mit Migrationshintergrund haben grösseres Vertrauen in die Polizei, die Gerichte und das politische System in der Schweiz als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies zeigt eine Analyse des Bundesamtes für Statistik (BFS). 35 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren haben einen Migrationshintergrund.

St. Galler Initiative  
ist ungültig

**LEHRPLAN 21** sda. Die kantonale Volksinitiative «Für die Volksschule» ist ungültig. Das Verwaltungsgericht stützt einen Entscheid der St. Galler Regierung. In der Initiative des Komitees «Starke Volksschule St. Gallen» war die Beschränkung auf eine Fremdsprache in der Primarschule festgeschrieben worden. Dies widerspricht dem Harnos-Konkordat.

Vorbereitungen  
kommen voran

**WAHLEN 2015** sda. Bundeskanzlerin Corina Casanova ruft die Wahlberechtigten dazu auf, am 18. Oktober ihre politischen Mitspracherechte wahrzunehmen und sich an den eidgenössischen Wahlen zu beteiligen. Es gehe um Kontinuität und wichtige Weichenstellungen, sagte sie gestern vor den Bundeshausmedien. Casanova erwähnte Vorlagen wie die Altersvorsorge 2020 oder die Energiestrategie 2050, die in der nächsten Legislatur weiter beraten würden. Die Wähler hätten es in der Hand, den bisherigen Kurs zu bestätigen oder die Richtung zu ändern. «Schon das ist Grund genug, einen Wahlzettel auszufüllen», sagte die Bundeskanzlerin.

## Wahlbeteiligung soll hoch sein

Ziel der laufenden Vorbereitungen ist für Casanova ein reibungsloser Ablauf der Wahlen und eine möglichst hohe Teilnahme. Um dies zu erreichen, stellt die Bundeskanzlei ein umfassendes Informationsangebot zur Verfügung. Die gedruckte Wahlanleitung gibt Aufschluss darüber, wie man gültig wählt, mit Listen umgeht, panaschiert und kumuliert. Auf dem Wahlportal im Internet finden sich zudem Informationen für Auslandschweizer, für Parteien und Kandidierende. Und schliesslich wurde die Wahlanleitung auch noch als Film aufbereitet. Damit sollen nicht zuletzt die rund 400 000 Neuwähler erreicht werden – darunter rund 300 000 Schweizer, die seit den letzten Wahlen volljährig geworden sind.

## HINWEIS

Alle Infos unter: [www.ch.ch/wahlen2015](http://www.ch.ch/wahlen2015)

## ANZEIGE

Qualität ohne Kompromisse



Washing machines  
Tumbler

**WYSS MIRELLA**  
Telefon 041 933 00 74  
6233 Büren

## Bürgerliche machen sich Mut

**BUND** Die Bürgerlichen halten am Schulterschluss fest. Dies, obwohl sie in der Nationalratsdebatte zum Sparprogramm keine Einigkeit demonstrieren konnten.

TOBIAS GAFAFER  
[schweiz@luzernerzeitung.ch](mailto:schweiz@luzernerzeitung.ch)

Die Linke reagierte mit Häme. «Grossartig: Das Herrliberger Konkordat überlebt gleich die erste Debatte nicht», giftelte Nationalrat Cédric Wermuth (SP, Aargau) am Mittwoch auf dem Internetdienst Twitter. Die CVP habe den Mut wieder gefunden. Deren Fraktion versenkte in der Debatte zum Entlastungspaket mit der Linken einen Antrag, der die Staatsausgaben auf dem Stand von 2014 plafonieren wollte, etwa mit Senkungen beim Personalaufwand (Ausgabe von gestern). Dies war Teil des Forderungskatalogs, auf den sich die Präsidenten der CVP, FDP und SVP im Zuge des Frankenschocks im März geeinigt hatten.

Pikant: Selbst CVP-Präsident Christophe Darbellay stimmte gegen die Forderung, die er erst vor kurzem unter-

schrrieben hatte. Für die Linke sowie die BDP und GLP, die in den rot-grünen Chor einstimmten, ist der Schulterschluss damit gescheitert.

## Widmer-Schlumpf interveniert

Doch so einfach ist es nicht, wenn gleich die Allianz ihren ersten Test nicht bestanden hat. Der Entscheid sei keine Absage an einen strengeren Kurs in der Finanzpolitik, sagt Nationalrat Leo Müller (CVP, Luzern), Präsident der Finanzkommission. «Im Grundsatz sind wir uns einig, dass das Ausgabenwachstum so nicht weitergehen kann.» Die Plafonierung sei aber unseriös aufgegleist gewesen. Auch Darbellay sprach gestern am Radio von einer Haurückübung. Dies habe er nach einem Gespräch mit Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf realisiert.

Gewiss ist: Die Forderung, die Staatsausgaben für 2016 bei 64 Milliarden

Franken einzufrieren – statt 71 Milliarden einzuplanen –, wäre in diesem Umfang kurzfristig nicht umsetzbar gewesen. Der Spielraum des Bundes ist beschränkt, da rund 60 Prozent der Ausgaben gebunden sind. Beim Personal rechnete die Finanzverwaltung wegen des bürgerlichen Antrags mit einem Abbau von bis zu 6000 Stellen, und das auch bei der Armee oder dem Grenzwehrcorps. Also dort, wo es den Bürgerlichen wehtut. Vor allem aber geht ein erheblicher Teil der Mehrausgaben auf Beschlüsse des Parlaments zurück, etwa bei der Entwicklungshilfe. In diesem speziellen Bereich und anderswo will Leo Müller nun die Ausgaben plafonieren; davon verspricht er sich mehr Erfolg.



«Im Grundsatz sind wir uns einig, dass das Ausgabenwachstum so nicht weitergehen kann.»

LEO MÜLLER, LUZERNER  
CVP-NATIONALRAT

## Eine Session genügt nicht

FDP und SVP wollten mit dem Antrag dagegen den Bundesrat unter Druck setzen, damit er die Ausgaben ab 2016

stärker als geplant senkt – zumal sich die finanziellen Aussichten verdüstern. Das Einfrieren der Staatsausgaben ist bei ihnen besser verankert als bei der CVP. So stellte sich die Delegiertenversammlung der FDP im Januar dahinter. Dennoch halten beide Parteien vorerst den Ball flach.

Für FDP-Fraktionschefin Gabi Huber ist es zwar befremdlich, dass sich eine Partei nicht für die Plafonierung engagierte. «Das ist aber nur ein Punkt. Deswegen ist der Schulterschluss nicht bereits gescheitert.» Teil des Forderungskatalogs sind eine rasche Unternehmenssteuerreform III ohne Kapitalgewinnsteuer oder eine Aktienrechtsrevision ohne Frauenquoten. Solche Anliegen sind in allen drei Parteien besser abgestützt. Huber erwähnt auch die Deregulierung, die mit Vorstössen angestossen werden soll.

SVP-Generalsekretär Martin Baltisser gibt die Hoffnung ebenfalls nicht auf. «Die Parteichefs sind Verpflichtungen eingegangen, die sie nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen sollten.» Bei den Bundesausgaben werde sich spätestens beim Budget 2016 ein nächstes Fenster ergeben. Und der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister, grösster Fürsprecher der bürgerlichen Allianz in der CVP, plädiert für mehr Geduld: «Das braucht mehr Zeit als eine Session.»



Da war die Welt der Bürgerlichen noch in Ordnung: (v. l.) Die Parteipräsidenten Christophe Darbellay (CVP), Philipp Müller (FDP) und Toni Brunner (SVP) stellten am 27. März in Bern die Pläne der Bürgerlichen zur Stärkung des Standortes Schweiz vor. In der Debatte zum Sparpaket des Bundes von Mittwoch waren sich die Parteien bereits nicht mehr ganz so einig.

Keystone/Peter Klauener

## Verwirrung um die Affäre Markwalder

**LOBBYING** Wusste Christa Markwalder doch mehr über die kasachischen Auftraggeber? In der Wandelhalle kursieren derartige Gerüchte.

kä. Im Dezember soll Christa Markwalder zur neuen Nationalratspräsidentin gekürt werden. Die Lobbyaffäre rund eine angebliche kasachische Oppositionspartei Ak Schol könnte nun ihre Wahl torpedieren, wie die NZZ gestern online schrieb. Offenbar gehen in der Wandelhalle Gerüchte um, dass die Berner FDP-Nationalrätin doch mehr über die Hintergründe eines Vorstosses wusste, als sie gestern gegenüber diversen Medien sagte.

Um was geht es? Im Sommer 2013 reichte Markwalder eine Interpellation ein, in der sie sich unter anderem nach dem Demokratisierungsprozess in Kasachstan erkundigte. Die Idee zum Vorstoss sowie der Wortlaut stammte von

Marie-Louise Baumann, einer langjährigen Lobbyistin der PR-Firma Burson-Marsteller, die ihrerseits im Auftrag einer kasachischen Schein-Oppositionspartei (Ak Schol) handelte. Baumann, die früher im FDP-Generalsekretariat arbeitete, schickte den Text des Vorstosses der Ak-Schol-Partei zu. Deren Parteichef Asat Peruaschew hatte sich bei einem Treffen mit diversen Schweizer Parlamentariern, darunter Markwalder, als oppositionelle Kraft dargestellt; in Tat und Wahrheit steht er dem autoritären Regime nahe. Es überrascht nicht, dass die Partei in der Interpellation das Wort «Menschenrechte» aus dem Entwurf kippte, weil eine solche Wortwahl in der Heimat angeblich schaden könnte.

## Zu wenig kritisch

Markwalder will nichts von diesen Änderungen gewusst haben. Sie reichte den Vorstoss, hinter dem sie nach wie vor steht, letztlich als Briefträgerin von Ak Schol ein. Sie muss sich den Vorwurf gefallen lassen, sich zu wenig kritisch mit dem Absender der Botschaft auseinandergesetzt zu haben.

Gegenüber der NZZ stützte Marie-Louise Baumann Markwalders Version: «Ich glaube nicht, dass Christa Markwalder wusste, dass wir den Begriff Menschenrechte auf Wunsch der Kasachen entfernt haben.» Auf die Frage unserer Zeitung, ob Baumann in der NZZ korrekt wiedergegeben worden sei, antwortete sie vorgestern per E-Mail: «Ich danke ja.»

## 7000 Franken für Vorstoss

Für das Verfassen des Vorstosses, der vor zwei Jahren null mediales Echo auslöste, verrechnete Burson-Marsteller der Ak Schol gut 7000 Franken. Insgesamt setzte die PR-Agentur mit dem Mandat für die Partei innerhalb von zwei Jahren rund 150 000 Franken um. Teuer zu stehen kommen könnte die Affäre Christa Markwalder, falls sich die Wandelhallen-Gerüchte bewahrheiten und sie tatsächlich mehr über die kasachischen Auftraggeber wusste, als sie zugibt. Auf eine E-Mail-Anfrage reagierte Markwalder gestern Abend nicht.

Auch die Kommunikationsprofis von Burson-Marsteller tragen nicht dazu bei,

mehr Licht in die Affäre zu bringen. Am Mittwochmorgen schaltete die Agentur auf ihrer Homepage eine Stellungnahme auf, in der sie sich von Baumann distanzierte, entfernte sie aber kurz darauf wieder. CEO Matthias Graf sagte später, es habe sich um ein Versehen gehandelt. Am Mittwochabend folgte ein Communiqué mit Allgemeinplätzen, in dem der Name Baumann nicht mehr vorkam. Gestern hakte die NZZ nach. Auf die Frage, ob Baumann Markwalder über die Details zur Entstehungsgeschichte der Interpellation ins Bild gesetzt habe, sagte Graf: «Auch bezüglich Inhalt des Mandats sowie des Rahmens unserer Aktivitäten waren wir transparent.»

## «Nichts mehr hinzuzufügen»

Dies liesse die Interpretation zu, dass Markwalder doch nicht so ahnungslos war. Hat Baumann also doch, wie unter der Bundeskuppel kolportiert, konkrete Beweise, dass Markwalder mehr wusste? Graf mochte unsere Frage gestern Abend nicht mit «Ja» oder «Nein» beantworten. «Ich habe meinen bisherigen Statements nichts mehr hinzuzufügen», sagte er nur.